

3. OKT.

# MEGAPHON

JOURNALISMUS FÜR DIE STRASSE

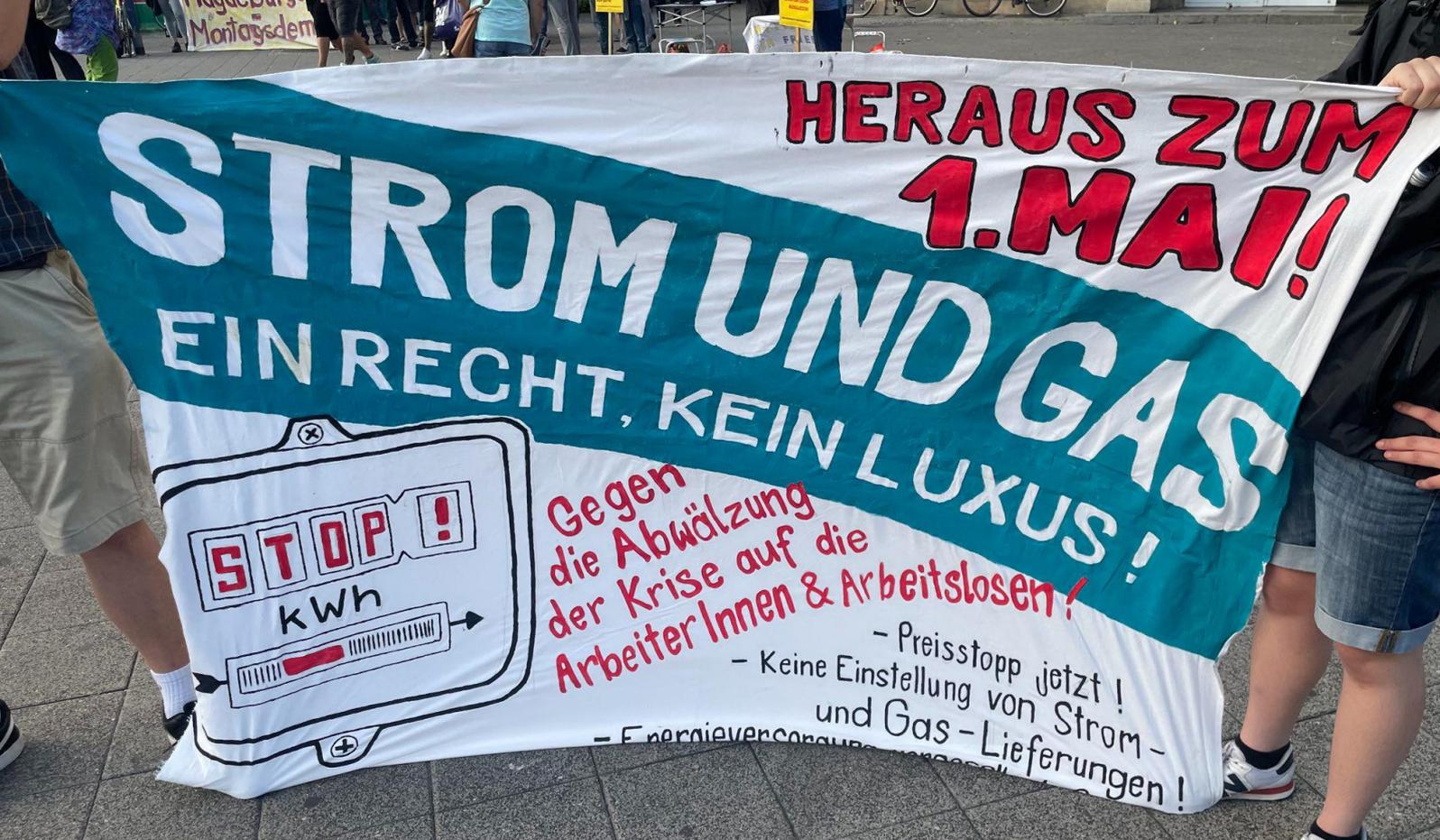


**HEIßER  
HERBST IM  
OSTEN**

Montagsdemos  
in Magdeburg

**WARUM EINE  
OSTDEUTSCHE  
LINKE?**

Ein Aufbruch  
der Arbeiter in  
Ostdeutschland



# Heißer Herbst im Osten

## Montagsdemos in Magdeburg

Von Max Unterberg

Im kommenden Herbst und Winter steht die Linke einer großen Herausforderung gegenüber. Die Unzufriedenheit und Verzweiflung der Massen über unhaltbare Zustände durch explodierende Gas- und Lebensmittelpreise in Folge des Krieges wird sich in massiven Protesten auf der Straße entladen. Schon jetzt gab es die ersten Proteste, mutmaßlich wird sich der Protest im Osten wieder an der Kultur der Montagsdemonstrationen orientieren. Die Kultur der Montagsdemos entstand innerhalb der DDR und erlebte eine Renaissance mit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze. Hier wurde durch das klare soziale Thema der Anti-Hartz IV-Proteste deutlich, dass die Montagsdemos eine Protestkultur einer breiten Schicht der lohnabhängigen Klasse sind. Montagsdemonstrationen werden entweder von reaktionären oder fortschrittlichen Kräften mit Krisenantworten beliefert.

In Magdeburg fanden zum Auftakt des „Heißen Herbstes“ am 05.09.2022 drei Veranstaltungen statt. Die Kundgebung der linken „Initiative Frie-

den“, welche in diesem Jahr neu gegründet wurde, war mit 40 TeilnehmerInnen nur spärlich besucht. Auf dem Alten Markt nur ein paar hundert Meter weiter fand eine Kundgebung von dem verschwörungstheoretischen und Corona-Maßnahmen-kritischen Spektrum statt, welche mit ca. 500 TeilnehmerInnen deutlich besser besucht war. Diese Kundgebung zog nach einigen Redebeiträgen in die Spontandemonstration Richtung Domplatz, mit dem Ziel sich an der dortigen Kundgebung der AfD anzuschließen. Die AfD hatte an diesem Tag das größte Mobilisierungspotential, am Domplatz waren 2500-3000 Menschen.

Anders als bei den Corona-Demonstrationen jedoch stehen nun konkrete sozioökonomische Fragen im Vordergrund: Wie kann es sein, dass 100 Milliarden Euro für die Militarisierung der BRD lockergemacht werden, die BürgerInnen jedoch zum Hungern und Frieren aufgefordert werden? Wie kann es sein, dass Gaspreise bis auf 400% explodieren, während die Energiekonzerne Rekordgewinne erzielen? Wie kann es sein, dass die BRD immer weiter und immer mehr Waffen in die Ukraine liefert, damit dieser Krieg ja kein Ende findet? Fragen auf die eine klassenbewusste Linke klare Antworten haben müsste. Diese

gilt es nun auf der Bühne der sozialen Proteste zu vertreten und zu verteidigen gegen die rechten und faschistischen Demagogen.

Die Montagsdemonstrationen haben kein politisches Label und die TeilnehmerInnen haben ein grundlegendes Misstrauen in die bürgerlichen Parteien. Dennoch ist es im Osten und auch in Magdeburg so, dass reaktionäre rechte Kräfte wie die AfD sowie Faschisten, wie die vom III. Weg bzw. NSP immer wieder versuchen, diese Proteste zu vereinnahmen. Das bedeutet jedoch nicht im Umkehrschluss, dass diese Kräfte dort automatisch eine Hegemonie innehätten.

Den ideologischen Ausdruck der Montagsdemonstrationen prägen diejenigen, die sich an die Spitze der Proteste stellen und es schaffen durch interne Kämpfe und inhaltliche Auseinandersetzung eine Hegemonie zu erkämpfen. Als Teil der Linken, die sich in einer historischen Krise in der Defensive befindet, müssen wir nach Wegen suchen, um uns an aufkeimenden sozialen Kämpfen zu beteiligen. Uns muss auch klar sein, dass eine fehlende Intervention bei diesen Protesten langfristig die Position der Faschisten nur weiter stärken wird. Das

heißt, dass es immer schwieriger wird, in solche Protestbewegungen zu intervenieren.

In den folgenden Wochen kamen neue Protestformen der Magdeburger Linken zutage: Am 19.09.2022 fand vor dem Parteibüro der Grünen eine Protestkundgebung statt, welche durch die FAU und das ebenfalls neu gegründeten Sozialkombinat Ost initiiert wurde. Das Bündnis tritt unter anderem für eine Besteuerung der Krisenprofiteure, die Verlängerung des 9€ Tickets, Lohnerhöhungen und eine Energiepreisdeckelung ein. Der Krieg in der Ukraine und der Wirtschaftskrieg gegen Russland als maßgebliche Ursachen für die Krise hierzulande wurden allerdings nicht thematisiert. An diesem Tag fand auch unverändert wieder eine verschwörungstheoretische Kundgebung auf dem Alten Markt statt, welche sich einer von der AfD initiierten Kundgebung anschloss. Die Linke Kundgebung hatte diesmal ca. 150 Teilnehmer zu verzeichnen, die Teilnehmerzahlen der anderen Veranstaltungen blieben unverändert. Es bleibt abzuwarten, ob es die linken Organisationen schaffen werden, das Verhältnis zu ihren Gunsten zu wandeln.

# Warum eine ostdeutsche Linke?

## Von großen Hoffnungen...

Vom Autorenkollektiv Ost

Jede Gesellschaft hat einen spezifischen Charakter, der von der politischen Ökonomie, einer darauf basierenden Kultur und historischen Grundlagen abhängig ist. Das gilt für kapitalistische, wie für sozialistische Gesellschaften: die eine beruht auf Konkurrenz, die andere auf Kooperation. Vor nunmehr 30 Jahren wurde der nach dem 2. Weltkrieg entstandene realsozialistische Teil Deutschlands, die DDR, dem größeren, kapitalistischen Teil, der BRD, angeschlossen. In der DDR hatte eine knappe Mehrheit in den März-Wahlen 1990 der Allianz für Deutschland den Auftrag für einen schnellen Vollzug gegeben. Die meisten ahnten nicht, zu wel-

chen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Verwerfungen dies im Laufe der Jahre führen würde. Obwohl man als informierte\*r DDR-Bürger\*in nicht nur aus dem Staatsbürgerkunde-Unterricht, sondern auch dem West-Fernsehen wusste, wie die bundesdeutsche Gesellschaft funktionierte, vertraute man den Versprechungen einer Vereinigung auf Augenhöhe. Man versprach sich davon die Teilhabe an den sozialen Segnungen der westdeutschen Nachkriegsmarktwirtschaft, die ergänzt werden würden durch ostdeutsche Errungenschaften.

Doch es kam anders. Dem sozialen Abstieg infolge der Deindustrialisierung, Rückgang der Bruttowertschöpfung 1991 auf ein Drittel (31 Prozent) im Vergleich zu 1989, und der daraus resultierenden Arbeitsplatzvernichtung auf fast die Hälfte (56,5 Prozent) folgten mehrere Wellen von Arbeitsmigrationen



nach Westdeutschland. Fast ein Viertel der Bevölkerung von knapp 17 Millionen Menschen verließ bis heute das Gebiet der ehemaligen DDR. Sie hinterließen eine überalterte und abgehangene Gesellschaft. An der wirtschaftlichen Lage hat sich bis heute nichts grundlegendes geändert.

In Bezug auf die Kultur hatten es sich die bundesdeutschen Eliten zum Ziel gesetzt, alles in 40 Jahren in der DDR entstandene, das nicht ihren Vorstellungen entsprach, den freien Marktkräften zu überlassen. Große Teile der Infrastruktur verschwanden. Als prominentes Beispiel seien hier die über 2000 regionalen Kulturhäuser genannt. Institutionen, die in die kleinbürgerliche Welt von ‚Hoch-Kultur‘ passten, wurden in diesem Sinne vernichtet: ausgewählte Museen, Theater und Gedenkstätten. Immaterielles, wie Literatur, Kunst, Filme, Musik, etc. wurde im Kontext eines ‚wiedervereinigten‘ Deutschlands totgeschwiegen oder diskreditiert.

### **...zur Kolonie der Bundesrepublik**

Zur Sicherstellung des machtpolitischen Übergangs nutzte man westdeutsche Funktionselemente aus der zweiten Reihe. Diesen standen in den neuen Gebieten Karrieremöglichkeiten in Politik, Medien, Wissenschaft und Justiz offen, die in ihren Heimatregionen nie möglich gewesen wären. Dort waren alle entsprechenden Positionen schon be-

setzt. Legitimiert wurde dieser Schritt offiziell damit, dass das Gros ehemaliger DDR-Bürger\*innen auch jenseits früherer Posten im Realsozialismus nicht in der Lage wäre, ausreichend schnell das neue westdeutsche System umzusetzen. Und Eile war das Gebot der Stunde. Um erwartbarer Kritik und Widerstand zuvor zu kommen, gab man als Alibi einem verschwindend geringeren Teil von Ostler\*innen die Chance auf berufliche Stabilität oder Aufstieg im eigenen Territorium. Um diese Stellen zu behalten war allerdings klar, wessen Positionen sie zu vertreten hatten. Die Hoffnung, dass sich eine derartige Besetzungspolitik von Führungspositionen zugunsten der nachfolgenden ostdeutschen Generation ändern und damit demokratiefördernd auswirken werde, ist nicht eingetreten. Die Lage hat sich teilweise sogar verschärft. Heute kann man alles in allem von kolonisierten Verhältnissen sprechen.

### **Enttäuschungen und rechtes Spektakel**

Die in ihrer Region verbliebenen Ostler\*innen waren nach der Wende paralytisch von der unerwarteten Wucht der Veränderungen. Viele passten sich aus Mangel an Alternativen mit der Zeit an, ohne jedoch ihren, nicht erst in der Zeit der Wende erworbenen, Hang zum Widerspruch ganz zu verlieren. Mehr: [osten.noblogs.org](http://osten.noblogs.org)